

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Tagesblatt Riesa,  
General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530  
Circulanz Riesa Nr. 82.

Nr. 248.

Sonntag, 23. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Umzuges von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 99 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kellamezelle 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligte Rabatt erhält, wenn der Betrag sofort durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Orgel an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Friedrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Goechs Mission.

Der deutsche Botschafter von Goech ist jetzt wieder nach Paris zurückgekehrt und hat auch sofort nach seiner Ankunft eine Unterredung mit dem Direktor des Quai d'Orsay gehabt, über deren näheren Inhalt man selbstverständlich nur auf das angewiesene ist, was die Pariser Presse zu wissen glaubt. Es ist anzunehmen, daß Goech nicht mit positiven Forderungen des deutschen Auswärtigen Amtes heraustritt. Vielmehr dürfte eine Demarche mehr den Charakter einer Erkundigung haben. Die letzten Vorkälle in Paris und insbesondere die Antikörper einer neuen Note der Botschafterkonferenz an Deutschland haben in der Wilhelmstraße zum mindesten ein hartes Befremden ausgelöst. Man konnte sich auch in Deutschland zur Wendung davon überzeugen, daß in Paris die Frage einer Auswirkung des Gedanken von Thoiry in einer nur sehr dilettantischen Weise behandelt wurde. Die Aufnahme, die das Manuskript der Weltwirtschaft in der Pariser Öffentlichkeit fand, ließ fernherhin erkennen, daß in der Seineshauptstadt sich Tendenzen geltend zu verschaffen suchten, die mit Thoiry und einer angeblichen Verhandlungsbereitschaft der französischen Regierung wenig zu tun haben. Diese Mentalität der französischen Öffentlichkeit und besonders der Kreise in Paris, auf die sich der Sturz der Regierung zu stützen hat, trat in einer so augenscheinlichen Weise zutage, daß die deutschen Stellen schließlich nicht mehr auf ihr vorübergehen konnten. Man hat auch festgestellt, daß sich in dem mehr demokratisch gerichteten Teil der deutschen Presse in den letzten Tagen ein bemerkenswerter Umschwung der Stellungnahme zu Thoiry bemerkbar gemacht hat. Man entschließt sich jetzt doch zu dem Eingehändnis, daß man die Hoffnungen, die man auf die Verhandlungen Dr. Stresemanns mit Briand gesetzt hat, wenn auch nicht fallen lassen, so doch zum mindesten — verengen müsse. Das ist ein bemerkenswertes Eingehändnis, das umso doppelter wiegt, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher überausmündigen Optimismus man noch vor kurzem in dieser Presse einer baldigen Auswirkung der Thoiry-Verhandlungen entgegen sah.

In der Tat, nimmt man die Auslassungen der Pariser Zeitungen zur Grundlage der augenblicklichen Situation, so muß man erkennen, daß der präzis Grundstoff der Verhandlungen von Thoiry zum wenigsten in Paris ad acta gelegt worden ist. Man glaubt sich in Paris davon überzeugt zu haben, daß die Gegenleistung, die Deutschland für eine mildere Auffassung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in Aussicht stellte, von ihrem tatsächlichen Wert auf Grund von Verhandlungen, die inzwischen geführt worden sind, verloren hätte. Infolgedessen glaubt Paris keine Veranlassung mehr zu haben, irgendwelche positive Taten, die den Forderungen Deutschlands entsprechen würden, folgen zu lassen. Sehr deutlich wird diese Ansicht von Sauerwein im „Matin“ gekennzeichnet. Er erklärt, daß der Gedanke der Mobilisierung der Danes-Obligations nur ein erster Vorschlag aus einer Reihe anderer Vorschläge sei. Dieser erste Vorschlag habe sich jetzt als zu geringfügig erwiesen, das durch ihn aufgeworfene Problem sei noch nicht reif und habe daher vertagt werden müssen. Aber es gäbe ja noch andere Vorschläge. Vielleicht könnte Deutschland einer künftigen Kontrolle des Völkerbundes am Rhein zustimmen; obwohl bis jetzt gegen diesen Gedanken sich schärfste Opposition bemerkbar mache. Die Hauptsache sei, daß auf beiden Seiten weiter der gute Wille und die Einsicht für die Notwendigkeit einer Verständigung bestehen bleibe. Damit sei die eigentliche Grundlage gegeben und man habe keinen Anlaß zu Verzweifeln, solange die beiden Länder sich nicht wieder von einander entfernen. Was gedreht und schwierig scheint, könne nach einigen Monaten schon solide und leicht sein.

Man weiß, daß Sauerwein im allgemeinen gut über die Ansichten des Quai d'Orsay unterrichtet ist. So wird man auch nicht in der Annahme schweben, daß seine Beurteilung der augenblicklichen Situation ungefähr den Gedankengängen der französischen Regierung Rechnung trägt. Und wird es verkehren können, daß in der Berliner Wilhelmstraße sich ernüchterte Vorurteile über den Gang der von beiden Seiten angebotenen Verhandlungspolitik Platz gefaßt haben. Die amtlichen Stellen verhalten sich naturgemäß recht schweigsam über den Inhalt der Aufgaben, die Goech mitgegeben worden sind. So wird man auch damit rechnen müssen, daß man wenig Positives über die Antwort hören wird, die der Quai d'Orsay auf die deutschen Vorstellungen hin erteilt. Aber man darf glauben, daß sie sich nicht viel von den Ausführungen abheben wird, die Sauerwein jüngst im „Matin“ machte. So kann man den Inhalt dieser Presseäußerung zusammen, so kann man ihn als einen Versuch bezeichnen, Deutschland zu verfühlen. Aber gleichzeitig, als den Willen des französischen Volkes, den Forderungen, die Deutschland durch seine Völkerbundmitgliedschaft rechtlich zu stellen hat, im Augenblick wenigstens nicht Gehör zu verschaffen. Hieraus ergibt sich für das deutsche Volk die traurige Erkenntnis, daß wir trotz unserer Bereitwilligkeit, an den Aufgaben des Völkerbundes mitzuwirken, in der nächsten Zeit keine Erleichterungen der uns umspannenden Ketten zu erwarten haben. Das läßt einem Biasko der Thoiry-Politik gleich.

## Die Danziger Senatskrise.

(Danzig, 22. Okt.). Die sozialdemokratischen Mitglieder des Danziger Senats, die zusammen mit den anderen am 20. September zurückgetretenen Senatoren vorläufig die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Danziger Regierung weitergeführt haben, sind heute, ehe noch die erwartete Neubildung zustande gekommen war, aus dem Senat ausgeschieden, weil sie mit der Geschäftsführung des Senats nicht einverstanden waren.

## Die Denkschrift des Deutschen Städtetages. „Städte — Staat — Wirtschaft“.

\* Berlin, den 23. Oktober. (Telephon.) Der Deutsche Städtetag übernahm heute abend der Öffentlichkeit seine, mit allgemeiner Spannung erwartete Denkschrift „Städte, Staat, Wirtschaft“. Er legt darin die mit den großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen aufs engste verknüpften Lebensfragen der Städte im Zusammenhang klar, indem er die gemeindlichen Aufgaben sowohl unter dem Gesichtspunkte der zweckmäßigen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben überhaupt wie auch unter dem des möglichen Abbaues der durch die öffentliche Verwaltung der Wirtschaft verursachten Belastung betrachtet. Daran schließen sich grundlegende Richtlinien für eine Neuorganisation der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Finanzen an. Auf Grund einer Fülle von Material werden zunächst der Bereich der städtischen Aufgaben und Aufgaben neben dem Belohnungswesen vor allem die sozialen der Fürsorge im weitesten Sinne und die Kulturwesen der Schule — dann die städtischen Einnahmen und endlich die Reform der öffentlichen Verwaltung behandelt. Die Denkschrift wird sicher in weitem Maße dazu beitragen, die irdigen Auffassungen richtig zu stellen, die über die Gemeindlichen gelehrt verbreitet sind, und wird zugleich in wichtigen Fragen den Weg für die Weiterbehandlung weisen. Folgende markante Ergebnisse sollen hierher: Die Meinung, daß die Steuerbelastung der Wirtschaft in erster Linie durch die Gemeinden verursacht sei, erwies sich als nicht zutreffend. Der einstmals städtische Steuerbedarf ist mit seiner Steigerung gegenüber dem einstmalsigen Steuerbedarf des Reiches und der Länder zurückgegangen. Die Steigerung des einstmalsigen städtischen Steuerbedarfes ohne die Wohlfahrtsaufwendungen liegt heute durch die in der Zwischenzeit eingetretene Minderung der Rekrutierung der Stadt zurück. Die Denkschrift zeigt im übrigen in eingehenden, auf praktischen Erfahrungen gestützten Ausführungen, daß die gegenwärtig den Städten obliegenden Aufgaben zu etwa 80 Prozent zwangsgewunden sind und dadurch der freien Entfaltung und der Bestimmung der Städte entgegenstehen. Ungeachtet der grundsätzlichen allgemein anerkannten Bedeutung wird die Selbstverwaltung auf allen Gebieten, sei es der Schule, der Wohlfahrt, der Polizei usw. fast durch jedes neue Gesetz weiter eingeschränkt. Hier erwies sich, daß praktische Sparmaßnahmen nur vorgenommen werden können, wenn vorher eine grundsätzliche Änderung in der Richtung einer Wiederherstellung der Selbstverwaltung eintritt. Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch hinsichtlich der Behandlung der städtischen Einnahmen, insbesondere der Steuern. Es ist in der Tat außerordentlich eindrucksvoll, wenn man in der Denkschrift eigenlich zum erstenmal erfährt,

daß die Städte 1925 nur wenig mehr als ein Viertel ihres Steuerbedarfes aus dem Einkommensteuer bedien können gegenüber der Hälfte im Jahre 1913.

Hält man dieser Verringerung der städtischen Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Einnahmen die Steigerung der Wohlfahrtsaufwendungen gegenüber, so wird klar, in welche Schwierigkeiten die Gemeinden geraten müßten. Es stimmt bedenklich, daß diese Entwicklung durch Maßnahmen gerade auch der letzten Zeit fast unterbrochen wird, und zwar auf der einen Seite durch unregelmäßige Art des Steuerabbaues, der nicht von einer gleichzeitigen Aufgabenminderung begleitet ist und auf der anderen Seite durch die Mehrbelastung mit Ausgaben, wie noch in den letzten Tagen mit denen für die ausgedehnten Erweiterungsarbeiten. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn das Jahr 1926 für die städtischen Einnahmen mit starken Verlusten abschließen wird. Aus der Denkschrift geht zum ersten Male mit eindrucksvoller Deutlichkeit hervor, daß Gefährdung und Verwal-

## Die Erwerbslosenfürsorge

wurde am Freitag nachmittag im Unterhaushaus des Reichstages der Reichstagsausschuß erörtert. Die Sozialdemokraten verlangten eine Erhöhung der Unterstützungssätze um fünfzig Prozent, das Zentrum eine solche für die Ledigen um zwanzig und allgemein um zehn Prozent, besonders für die Kinderreichen. Ein Demokrat hielt die Aufhebung der Grenze für die Unterstützungsdauer (seit 52 Wochen) für notwendig, zum mindesten eine Verlängerung um drei Monate. Von Zentrumsseite wurde verlangt, daß das Reich den Gemeinden mindestens achtzig Prozent der Unterstützung für die Ausgesetzten ersetzen soll. Von dem Reichstagsausschuß wurde die Einführung von Lohnklassen gefordert.

Am Dienstag nachmittag soll sich die Regierung über die finanzielle Wirkung der einzelnen Vorschläge äußern.

## Die Reichsstrafdienstordnung

wurde am Freitag im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten weiter beraten. Wegen verschiedener Unklarheiten, die sich in der Debatte noch herausstellten, beschloß der Ausschuß, Beratung und Beschlußfassung über die Paragraphen 52 und 53 zunächst auszusetzen. Paragraph 52 bringt dem geltenden Rechte gegenüber die Forderung, daß eine Untersuchung nicht erforderlich ist, wenn entweder der Sachverhalt aufklärt erscheint, oder

tung gegenüber der städtischen Selbstverwaltung noch immer von Entscheidungen abgesehen, deren psychologische Voraussetzung in der Zwangswirtschaft des Krieges und der Inflation begründet sind. Man versteht, wenn der Städtetag demgegenüber fordert, daß Gefährdung und Verwaltung sich auf dem Boden der nunmehr endgültig stabilisierten Verhältnisse stellen und die Selbstverwaltung wieder von dem Fesseln eines übermäßigen Schematismus befreien sollen, damit sie die großen ihr im heutigen Staat zukommenden Aufgaben erfüllen kann. Diese Befreiung wird sich in doppelter Richtung auswirken müssen, einmal materiell in einer Verringerung der Zwangsansprüche, und sodann formell in einer Vereinfachung der Verwaltung. Je weniger es unter den augenblicklichen Verhältnissen, namentlich mit Rücksicht auf die dringenden Aufgaben der öffentlichen Fürsorge, möglich ist, die Verwaltungsaufgaben als solche zu verringern, um so bedeutungsvoller ergibt sich als erste Reformaufgabe das Problem, die gesamte öffentliche Verwaltung organisch zu vereinfachen und zu verbilligen. Das Kernstück dieser gesamten Reform, die Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung, findet auf dem Gebiete der Finanzen ihr Gegenstück und ihre Voraussetzung in der Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung darin, daß die Gemeinden wieder selbst verantwortlich entscheiden müssen, ob und wie sie eine Aufgabe im Hinblick auf die darauf zu erwartende finanzielle Belastung der Bevölkerung übernehmen wollen. Damit die Gemeinden hierfür die nötigen finanziellen Mittel erhalten, muß der

neue Finanzhaushalt entsprechend geteilt werden und ihnen gleichzeitig auch die nötige Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet, vor allem durch die Sicherstellung eines Zulusses zur Einkommensteuer.

## Empfang im Deutschen Städtetag in Berlin.

\* Berlin. Zu Freitag abend hatte der Deutsche Städtetag in Berlin in das vor einiger Zeit verregene Deutsche Städtetag zu einem großen gesellschaftlichen Empfang eingeladen, bei dem eine große Anzahl von Bürgermeistern und höheren Beamten der deutschen Städte die Vertreter der Berliner und auswärtigen Presse empfing. Man sah u. a. in seiner Eigenschaft als früheren Oberbürgermeister den Reichsinnenminister Dr. Müller, die Oberbürgermeister von Halle Dr. Rixe, von Stettin Dr. Aldermann, von Königsberg Dr. Lohmeyer, von Lubwigschafen am Rhein Dr. Wolf, von Berlin in Vertretung des Oberbürgermeisters des Stadtkammerer Dr. Harbing und eine große Anzahl anderer Persönlichkeiten des kommunalen Lebens.

Im Namen des gastgebenden deutschen Städtetages begrüßte dessen Präsident Dr. Müller die Gäste und brachte die vielen Gemeinamkeiten einer städtischen Verwaltung und der Presse zum Ausdruck, indem er besonders darauf hinwies, daß bei den Einrichtungen das Gesicht großer zentraler Organisationen lebe und an dessen Stelle die Bedeutung der einzelnen Persönlichkeit und des Gemeinwohlens getreten sei.

Für die gastgebenden Städte sprach im Anschluß daran der Stettiner Oberbürgermeister Dr. Aldermann, im späteren Verlauf des Abends gab der Präsident Dr. Müller eine kurze Uebersicht über die heute der Öffentlichkeit übergebene mit außerordentlich vielen sachlichen Angaben versehene Denkschrift des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Städte, Staat, Wirtschaft“.

Wenn ein Strafverfahren vorausgegangen ist, Paragraph 53 enthält die Bestimmung, daß die Feststellung des Tatbestandes Sache der Untersuchung ist. Diese soll so erschöpfend durchgeführt werden, daß das Dienststrafgericht Beweise nur noch insoweit zu erheben braucht, als sich ein besonderer Grund hierfür ergibt. Paragraph 54, der die Ausdehnung der Untersuchung umschreiben soll, erhielt auf sozialdemokratischen Antrag folgende Fassung: „Ergeht sich in der Untersuchung der Verdacht weiterer Verletzungen, so bedarf es besonderer Eröffnungsbeschlüsse, um sie in die Untersuchung einzubringen.“ Dadurch sollen unerlöste Ermittlungen verhindert werden. § 55 behandelt die Form der Untersuchungshandlungen. Während der Entwurf bestimmt, daß Zeugen und Sachverständige zu vernehmen sind, beantragte man auf der linken Seite des Ausschusses, daß in der Regel eine Vernehmung nicht stattfinden solle und nur erfolgen könne, wenn diese unabwendbar notwendig erscheint. Die Sitzung wurde unterbrochen, damit die Regierungsparteien mit der Regierung hierüber ein Einvernehmen herstellen können.

## Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpost.) Der Reichspräsident empfing heute den neuernannten Polizeipräsidenten von Berlin, Dr. Hebe, sowie den Generaldirektor der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Dr. Voß.